Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 217. **Montag, 17. September 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis,** gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 15. bis 21. September 800000 Mark einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 89 mm breite Reklamezeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Schlüsselzahl: 12000.

Erklärung.

Der Verein Deutscher Zeitungs-Verleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) E. V. hat sich veranlaßt gesehen, folgende Erklärung abzugeben:

„In der letzten Zeit ist vielfach und von verschiedenen Verbänden der Versuch gemacht worden, unter Androhung von Boykott und anderen Schädigungen bei einer Weigerung, Zeitungen zur Veröffentlichung von zum Teil umfangreichen Erklärungen und Artikeln im einseitigen Interesse der betreffenden Verbände zu nötigen. Auf die gleiche Weise wird versucht, die Erörterungen der Forderungen der Verbände und die freie Kritik einzuschränken oder zu verhindern.

Deshalb sieht sich die berufene Vertretung der deutschen Zeitungen zu der Erklärung veranlaßt, daß die Presse nicht die Interessen einzelner Berufsklassen und ihrer Organisationen zu vertreten hat, vielmehr verpflichtet ist, alle Fragen nach Maßgabe der Interessen des ganzen Volkes in voller Freiheit zu besprechen. Ueber die Aufnahme irgendwelcher Einsendungen müssen allein die zuständigen und verantwortlichen Leiter der Zeitungen entscheiden, die sich die Freiheit und die Grenze der Kritik lediglich durch ihre publizistische Pflicht und die gegebenen Gesetze bestimmen lassen. Sie würden ihre Pflichten gröblich verletzen, wenn sie sich durch Einwirkungsversuche, wie die hier geschilderten, irgendwie beeinflussen ließen.

Verein Deutscher Zeitungs-Verleger
(Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) E. V.

Zwei Reden Poincarés.

Frankreich fordert eine Reparationskommission.

Bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Dun-sur-Meuse hielt gestern vormittag Ministerpräsident **Poincaré** die erste der für gestern angekündigten beiden politischen Reden. Poincaré erinnerte die Bewohner von Dun an Goethes „Hermann und Dorothea", in dem die Schrecken der Auswanderung geschildert seien. Er sprach alsdann **vom deutschen Adler, der im Frieden noch nicht völlig die Gewohnheiten abgelegt habe, die er im Kriege gezeigt habe.** Es sei zu hoffen, daß er mit seinen großsprecherischen Manieren nur seine **Enttäuschung** verhüllen wolle. Ich begreife, so fuhr Poincaré fort, daß es den Völkern, die den deutschen Einbruch nicht erfahren haben, schwer fällt, sich die Leiden vorzustellen, die Frankreich und Belgien erdulden mußten. Keiner der vorausgegangenen Kriege hat auch nur annähernd eine Vorstellung von dem geben können, was eine feindliche Besetzung bedeutet. Bei der Unterzeichnung des Friedens haben sich alle Alliierten gegenseitig das Versprechen gegeben — und das **besiegte Deutschland hat es beschworen —, daß die begangenen Verbrechen nicht unbestraft** bleiben würden, und daß alle Schäden, die an Personen und Sachen durch den Einfall verursacht wurden, repariert werden würden. Man hat diese Schäden sorgfältig aufgezählt, und in der Liste stehen nicht nur die Vernichtung der Immobilien und der Mobilien, sondern auch die Pensionen für die Kämpfer und deren Familien, und die ungenügenden Löhne für die aufgezwungene Arbeit. Für manchen jedoch sind alle diese Vorschriften heute tote Buchstaben. Weil die Deutschen ihre Verpflichtungen verleugnet haben, und wir es nun für gut halten, sie daran zu erinnern, kritisieren und verdammen uns gewisse Leute. Warum, so fragen sie, geben wir unsere unzeitgemäßen Reklamationen nicht auf, warum halten wir uns so genau an die Verträge? Warum wollen wir unsere Forderungen nicht von Nationen revidieren lassen, die nicht am Kriege teilgenommen haben? **Wenn wir keine Kommission annehmen,** die Deutschland von der Zahlung seiner Schulden befreit, dann bezeichnet man uns als herrschsüchtig in anbetracht unserer Forderungen und macht uns **Unversöhnlichkeit zum Vorwurf.** Alles, was Deutschland unternahm, was dazu diente, Frankreich zu ruinieren, soll der Vergangenheit angehören, und im Fluß der Ereignisse zählt die Vergangenheit nicht mehr. Alles, was Deutschland unternahm, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, soll ebenfalls vergessen werden, auch das soll der Vergangenheit angehören, und die Vergangenheit von gestern liegt manchem schon zu fern. Man will von unseren Forderungen nicht mehr sprechen, die aber doch noch Gegenwart sind, man hält es für übertrieben und lästig, wenn wir als die am stärksten Betroffenen die Notwendigkeit verspüren, rasch entschädigt zu werden. Diese kleine Ungerechtigkeit müssen wir ohne Unwillen hinnehmen. Das verletzt die Franzosen, die sich eingebildet haben, sie würden um ihrer selbst willen geliebt, und die sich nun enttäuscht fühlen.

Es wäre ein ebensogroßer Irrtum, wenn wir uns einbilden wollten, daß unsere Freunde und nicht wir selbst die Verteidigung unserer Interessen durchzuführen haben, wie es unrecht wäre zu befürchten, daß wir, indem wir unser Recht wahren, irgend jemand schädigen könnten. **Unsere Rechte sind in Verträgen niedergelegt, die unsere Alliierten unterzeichnet haben.** Es würde keine Sicherheit mehr in den Beziehungen der Völker geben, wenn abgeschlossene Verträge verleugnet würden. Weder einer neutralen Kommission noch internationalen Sachverständigen, noch einer internationalen Fideikommission, auch nicht einmal dem Völkerbund, dessen Aufgaben groß sind, hat der Vertrag von Versailles die Aufgabe zuerteilt, die Höhe der deutschen Schuld festzusetzen, oder die Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie bezahlt werden soll, sondern einer besonderen Kommission, die **Reparationskommission** heißt, und deren Befugnisse Deutschland ausdrücklich anerkannt hat. Wenn man daran denkt, sie beiseite zu schieben, so geschieht dies, weil man glaubt, daß sie neuen Konzessionen wenig geneigt ist. Aber diese **neuen Konzessionen würden den übernommenen Verpflichtungen zuwiderlaufen,** und das ist Anlaß genug, daß wir uns dazu nicht hergeben. Wir haben **Pfänder in der Hand, die wir behalten werden, bis wir Befriedigung erzielt haben.**

Poincaré um Frankreichs Sicherheit.

In der gestern abend in Brieulles-sur-Meuse gehaltenen Rede sprach Ministerpräsident Poincaré von der **Reparationspflicht Deutschlands,** um in Verbindung damit die Frage der **französischen Sicherheit** zu behandeln. Wenn die Verwüstungen, sagte er, deren sich Deutschland schuldig gemacht hat, oder die die Alliierten selbst haben vornehmen müssen, um den Eindringling aus Frankreich zu vertreiben, diejenigen nichts oder fast nichts kosten würden, die die moralische Verantwortung dafür tragen, so würden früher oder später die jungen Deutschen der alten Schule glauben, daß sie um diesen Preis den Versuch von neuem unternehmen könnten. Wenn andererseits das Deutsche Reich seine Militärkraft organisieren und sich wieder bewaffnen könnte, würde es eines Tages versuchen, das Instrument, das es sich geschmiedet hat, wieder zu benutzen. Wir müssen also den Betrag unserer Reparationen fordern und auch über die Aufrechterhaltung unserer Sicherheit wachen. **In beiden Fragen werden wir den Sperling in der Hand nicht um der Taube auf dem Dache willen aufgeben.** Deutschland hat tatsächlich seit mehreren Monaten die Tätigkeit der interalliierten Kontrollkommissionen lahmgelegt. Deutschland, das heute in Muße Kanonen, Flugzeuge und Munition, sei es bei sich oder in anderen Ländern herstellen kann, Deutschland, das in einigen Jahren bewaffnet und zur Revanche bereit wieder vor uns erscheinen kann, Deutschland, das den Versuch macht, in der Welt unsere tapferen und treuen schwarzen Truppen zu diskreditieren, weil es nicht will, daß wir eine Nation von 100 Millionen Menschen sind und weil es sich schmeichelt, uns rasch durch die Zahl zu beherrschen — dieses Deutschland gibt uns heute Zusicherungen in Worten, die es für verlockend hält, und in Versprechungen, von denen es Wunder erwartet. Gewisse Publizisten und Politiker haben einen Gedanken aufgegriffen in der Hoffnung, daß wir ihn annehmen. Warum, so sagen sie, könnten die rheinischen Uferstaaten sich nicht vereinigen, um sich für eine bestimmte Zeitperiode den status quo zu garantieren? Würde dieses Abkommen der Welt nicht für eine gewisse Zeit die Ruhe zum Atmen geben? Die Verfechter dieser geistreichen Kombinationen fügen auch hinzu, daß es bei unseren Alliierten Leute gibt, die sie vortrefflich finden und die bereit sind, sie uns zu empfehlen.

Denken wir sofort im voraus, aber lassen wir nicht zu, daß die Freunde Frankreichs sich auf gefährliche Wege verirren. Mit der Schaffung des Völkerbundes hat der Friedensvertrag von Versailles den Grundsatz aufgestellt, daß alle Nationen, die daran teilnehmen, sich gegenseitig verpflichten, ihre Gebiete zu respektieren. **An dem Tage, an dem Deutschland endlich die Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, erfüllt haben wird, steht es ihm frei, seine Zulassung zum Völkerbund zu verlangen,** und wenn es sein Mitglied ist, werden Frankreich und Deutschland sich gegenseitig durch die Zugehörigkeit gegen einen Angriff sichern. Ein Sonderpakt für die Rheingrenze würde dem Text des Vertrages nichts hinzufügen. Er würde sogar die große Ungelegenheit schaffen, den allgemeinen Pakt zu schwächen, denn wenn er sich nicht auf die Grenzen der Tschechoslowakei und Polens bezieht, würde man Deutschland im Osten oder im Süden mehr Freiheit lassen, als im Westen. Es versteht sich von selbst, **daß Deutschland, sobald es wieder militärischen Heißhunger bekommt, seinen Angriff weit vom Rhein ab** beginnen, und sich gegen uns wenden wird, wenn wir unsere Alliierten schützen wollen. Das habe ich im vorigen Jahr Lloyd George erklärt, als er uns vom Garantiepakt sprach, der nur für den Rhein und nur für einige Jahre Geltung haben sollte, und der im übrigen von keiner militärischen Sicherheit begleitet war. Um wieviel mehr müssen wir den Deutschen dieselbe Antwort geben, die uns heute dieses trügerische Spinngewebe (toile camouflé) anbieten. Ein **Garantiepakt,** welches auch seine Unterzeichner sein mögen, kann für uns **keinerlei praktischen Wert** haben, wenn er im Falle eines Angriffs keine rasche und wirkungsvolle militärische Sicherheit garantiert. Vor dem Kriege hat uns Großbritannien keinerlei militärische Mitarbeit versprochen. Es stand ihm frei, nicht zu intervenieren, selbst wenn Frankreich der Gegenstand eines unbegründeten Angriffes gewesen wäre.

Trotzdem hatte der militärische und maritime Generalstab Großbritanniens mit unseren Generalstäben Abkommen getroffen, die im Falle einer britischen Intervention ein Zusammenwirken gestatten sollten. An dem Tage, an dem England Partei für Belgien und Frankreich ergriff, haben wir aufgrund dieser Konventionen gewußt, wo und in welchem Maße es sofort handeln werde. Wir waren trotzdem gezwungen, lange Monate auf französischem Boden und mit französischen Soldaten die schwere Last des Krieges zu tragen. Garantiepakte, die nicht auf technischen Abkommen analog den früheren beruhen, würden uns im Augenblick der Gefahr allein oder fast allein lassen. Diese Garantiepakte würden, wenn sie unterzeichnet sind, überall als Friedensmonat bezeichnet werden und man würde sich beeilen, uns zu erklären, daß wir nichts mehr zu befürchten hätten, daß wir uns beeilen müßten, abzurüsten, und wir würden, wenn die Stunde gekommen ist, von einem zahlenmäßig überlegenen besser vorbereiteten und besser ausgerüsteten Feind überfallen werden. Nein, ich danke! Wenn man uns als Garantie für unsere Sicherheit nur Pakte dieser Art bietet, so bedeutet uns dieser aufgeputzte Block (bloc enfariné) nichts, was irgendwie von Wert wäre. Im übrigen wird uns dieses Angebot im allgemeinen nur mit dem konkreten Hinzufügen gemacht: „Wenn ihr durch einen Haufen Unterschriften geschützt seid, so werdet ihr doch wohl bereit sein, das linke Rheinufer zu räumen, bevor die durch den Friedensvertrag festgesetzten Fristen abgelaufen sind." So gedenkt man uns mit dem Trugbild einer illusorischen Garantie um eine positive Garantie zu bringen. Es ist wohl bekannt, daß sämtliche Regierungen, die in Frankreich seit 1919 aufeinander gefolgt sind, erklärt haben, daß die **Besetzungsfristen für das linke Rheinufer nicht zu laufen begonnen hätten, da Deutschland keine von den Vertragsbestimmungen ausgeführt hat.** Man trachtet nichtsdestoweniger danach, sie abzukürzen. Wenn das gelänge, wären wir gezwungen, vor Ablauf der vertragsmäßigen Fristen unsere Soldaten aus dem Glacis zurückzuführen, wo sie Wache halten, um den Weltfrieden zu verteidigen, und der deutsche Militarismus wäre imstande, in aller Ruhe neue Prestige- und Eroberungskriege vorzubereiten. Das ist ein Ziel, zu dem wir uns nicht hergeben werden. Poincaré versicherte, daß Frankreich die durch den Friedensvertrag ihm gewährten Sicherheiten festhalten werde. Da sie nicht ewig seien und da diejenigen, die Frankreich 1919 versprochen wurden, ihm nicht gegeben worden wären, werde es zu gegebener Zeit gern mit seinen Alliierten sich bemühen, für die Zukunft andere ausfindig zu machen. Aber weder in dieser noch in der Reparationsfrage werde es sich mit einem bloßen Schein begnügen.

Der italienisch-griechische Konflikt gelöst.

Nach einer Blättermeldung aus Athen hat die griechische **Regierung** den Kriegsminister dazu bestimmt, der **italienischen,** der **englischen** und der **französischen** Gesandtschaft die **Entschuldigungen** der griechischen Regierung auszusprechen.

)(Athen. Die Presse drückt einmütig ihre lebhafte Genugtuung über die **Lösung des italienisch-griechischen Konfliktes** aus und beglückwünscht die Regierung zu ihrer klugen Haltung. Gleichzeitig äußert sie England und Frankreich gegenüber ihre Dankbarkeit. — „Elefteron Vima" schreibt: Sowohl als griechische Bürger wie als Dolmetscher der Gefühle des Landes empfinden wir das Bedürfnis, den beiden Großmächten zu danken, die während der gesamten Dauer dieses schweren Konfliktes, in den Griechenland durch ein widriges Geschick geriet, als Schirmherren des Rechtes ihm mit bewunderungswürdiger Nachdrücklichkeit und außerordentlicher Energie beistanden. Das infolge des in Kleinasien erlittenen Schlages kleine und schwache Griechenland, das gerade wieder in den Friedenszustand getreten war, konnte in seiner Erschöpfung niemals hoffen, aus eigenen Kräften der Ungerechtigkeit Italiens die Stirne zu bieten. Glücklicherweise zeigten sich die beiden Großmächte zum ersten Mal seit dem Ende des großen Krieges fest entschlossen, ein gerechtes Ziel zu verfolgen, und duldeten nicht den Handstreich, durch den Mussolini auch in der auswärtigen Politik dem Grundsatz des Faustrechts zum Siege verhelfen wollte. — Die gesamte übrige Presse hebt allgemein hervor, daß es sich um einen **Sieg gegen die Ungerechtigkeit** handele.

Die Entente-Flotte vor Athen.

Der Korrespondent der „Times" in Athen teilt mit, daß die griechische Regierung offiziell von der **Ankunft der verbündeten Flotte** am kommenden Mittwoch 10 Uhr in den griechischen Gewässern in Kenntnis gesetzt worden sei. Das italienische Geschwader wird zuerst erscheinen und von der griechischen Flotte durch das Abfeuern von 21 Kanonenschüssen begrüßt werden. Sobald die verbündeten Schiffe Anker geworfen haben, wird die Gedächtnismesse in der katholischen Kathedrale in Anwesenheit des gesamten Ministerrates gelesen werden. Nach Beendigung der Messe werden sich die Schiffe wieder zurückziehen und die griechische Flotte mit einem Salut von 21 Kanonenschüssen begrüßen.

*

Die Krisis in der Fiumefrage vorläufig abgewendet.

Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail" in Rom schreibt, jegliche Gefahr einer sofortigen Krisis in der **Fiumefrage** sei abgewendet. Ihm sei von maßgebender Seite mitgeteilt worden, daß die **italienische Regierung vollkommen neue Vorschläge** für eine Regelung der schwierigen Frage gemacht habe, und daß eine Erörterung darüber demnächst beginnen werde. Sowohl Italien als auch Südslawien stimmten jetzt darin überein, daß direkte Verhandlungen wünschenswert seien. Die südslawische Regierung habe ihre Absicht, den Schiedsspruch Poincarés oder des Schweizer Bundespräsidenten anzurufen, aufgegeben. Der südslawische Minister des Aeußern Nintschitsch werde aus Genf in Belgrad am Montag eintreffen und dem Premierminister Pasitsch die Einzelheiten der neuen italienischen Vorschläge überbringen. Alsdann würden direkte südslawisch-italienische Erörterungen beginnen.

Die Lage in Spanien.

General **Primo de Rivera** hat Sonnabend abend dem Chef der neuen Regierung Lopez Munoz, den Eid geleistet. Nach Beendigung der Zeremonie erklärte der General, der